

Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE-NRW im Oktober 2017

Antragsteller*innen: Antikapitalistische LINKE NRW;

Jürgen Aust, Mitglied LaVo; Hannah Bruns, AKL NRW und Linksjugend Solid; Isabell Casel, BAG FIP und KV Bonn; Jules El-Khatib, Landesvorstand + Delegierter Essen; Sylvia Gabelmann, Delegierte für die AKL; Inge Höger, Sprecherin AKL NRW und Delegierte KV Herford; Ulla Jelpke, MdB; Ingrid Jost, Mitglied LaVo; Niema Movassat, MdB; Moritz Müller, LAG FIP und AKL NRW; Tobi* Warkentin, Delegierte KV Bielefeld, Linksjugend NRW

DIE LINKE fordert ein Ende der Besetzung in Palästina und der Gaza-Blockade

DIE LINKE.NRW fordert die zeitweilige und bedingte Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel, bis zu dem Zeitpunkt, da Israel die in Artikel 2 eindeutig benannten Voraussetzungen aller Vertragspartner zur Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts und damit zur Beendigung der Besetzung und vollständigen Aufhebung der Blockade Gazas erfüllt.

Begründung:

- (1) Vor 50 Jahren, am 10. Juni 1967 endete der 6-Tage-Krieg. Damit begann die israelische Besetzung des Golan, Gazas und der West Bank, einschließlich Ost-Jerusalems, die sich durch fortschreitende Kolonisierung und Siedlungsbau zusehends verschärft, und zwar mit dem von Israel inzwischen erklärten Ziel, diese Besetzung unumkehrbar zu machen.

Zugleich erinnern wir an 100 Jahre Balfour-Deklaration, in welcher die damalige Kolonialmacht Großbritannien einseitig die Schaffung einer jüdischen Heimstätte zusagte, oder, wie es einst Arthur Koestler ausdrückte, in der eine Nation einer anderen Nation das Land einer dritten ungefragten Nation versprach.

Dieses Jahr jährt sich insbesondere der UN-Teilungsplan zum 70. Mal, der für Israel zur „*Hatzma'ut*“, der Unabhängigkeit führte, aber für die Palästinenser*innen zur „*Nakbah*“, jener Katastrophe in deren Zuge die dauerhafte Vertreibung von 750.000 Palästinensern und die Zerstörung von 530 ihrer Dörfer zu beklagen waren.

Und schließlich jährt sich zum zehnten Male die Verhängung der israelischen Totalblockade über Gaza, die verheerende Lebensbedingungen, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit zur Folge hat.

- (2) Während eines nunmehr halben Jahrhunderts anhaltender Militärbesetzung betreibt Israel systematisch Menschenrechtsverletzungen und macht sich „flagranter Verstöße gegen das Völkerrecht“ schuldig, wie Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrats vom Dezember 2016 zutreffend feststellte. Die Besetzung stellt einen großangelegten Prozess andauernder Land-Enteignungen von Palästinenser*innen und den Entzug ihrer

Existenzgrundlagen dar; hierzu zählen die forcierte Verdrängung der Palästinenser*innen aus Ost-Jeruselems, die Zerstörung von Häusern und Infrastruktur, die vollständige Kontrolle Israels über die Wasserressourcen und der lt. IGH völkerrechtswidrige Bau einer Grenzmauer sowie auch die angekündigte Vertiefung des Siedlungsbaus, insbesondere unter den neuen Vorzeichen der Trump-Administration. Hierzu zählt ebenso die inzwischen zehnjährige Totalblockade des Gazastreifens, welche verheerende Lebensbedingungen erzeugt und seine Bewohner*innen in Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit stürzt – ganz zu schweigen von den wiederkehrenden militärischen Angriffen auf die wehrlose Zivilbevölkerung, welche der Bundestag 2010 zwar in Worten aber ansonsten folgenlos verurteilt hat. Militärbesatzung bedeutet zudem ein vollständiges System ständiger Unterdrückung, die einhergeht mit zurzeit über 7000 Gefangenen in Militärhaft, darunter über 400 Kinder.

Diese Fakten sind das Ergebnis von über 100 Jahren Verweigerung der grundlegenden Rechte des palästinensischen Volkes; sie dürfen und können nicht länger hingenommen werden.

Innerhalb Israels besorgt uns die scharfe Rechtsentwicklung, die sich vor allem gegen die eigenen, israelischen Besatzungsgegner*innen richtet und mit zum Teil drakonischen Strafen jegliche Opposition gegen die Besatzung kriminalisieren und zum Schweigen bringen soll. Angesichts dieser rasanten Entwicklung in Israel und seiner inzwischen fast unverhohlenen Annektionspläne muss die Partei Die Linke dringend Stellung beziehen.

Die israelische Regierung unter Netanyahu hat sich längst von der Zweistaatenlösung verabschiedet und baut an einer Zementierung der Besatzung während der nächsten 50 Jahre. Wir betonen: Die Palästinenser*innen können nicht noch ein weiteres Jahrhundert auf Selbstbestimmung warten, die ihnen eigentlich schon 1917, vor hundert Jahren zugestanden hätte. Die Besatzung muss beendet, die Blockade sofort aufgehoben werden.

- (3) In seiner Rede vor der UN im Dezember 2016 hat Außenminister Kerry all diese Umstände eindringlich aufgeführt. Mit ihrer klaren und scharfen Verurteilung israelischer Menschenrechtsverletzungen hat die ausgehende Obama-Administration ein gutes, alternatives Gegenbeispiel für „Staatsräson“ im Sinne des Völkerrechts vorgelegt. Inzwischen haben wir eine neue höchst gefährliche US-Administration und eine klare Stimme der EU und hier v.a. der Bundesregierung wäre nötiger denn je. Aber die große Koalition unter Merkel und Gabriel scheint selbst hinter den Minimalforderungen Obamas und des UN-Sicherheitsrats zurückbleiben zu wollen. Sie bewegt sich damit auf Trump zu. Sie verharmlost Israels Politik, wenn sie z.B. den illegalen Siedlungsbau als bloßes „Hemmnis für den Friedensprozess“ bezeichnet und steht in Nibelungentreue zu Netanyahu und seiner rechtsten aller Regierungen in der Geschichte Israels.

Israels systematische Völkerrechtsverletzungen dürfen von der Bundesregierung nicht weiterhin lediglich ‚mit Bedauern‘ zur Kenntnis genommen werden, sondern Deutschland und der Westen sollten ein klares Zeichen setzen. Es ist höchste Zeit, dass den Worten unzähliger UN-Resolutionen endlich Taten folgen, wenn die EU und Deutschland sich

nicht der Kumpanei und Mitschuld an den Verstößen und Verbrechen der Besatzung mitschuldig machen wollen.

- (4) Die Zeit der Untätigkeit und bloßen Worte des Bedauerns muss heute, ein halbes Jahrhundert nach Beginn der Besatzung und ein Jahrhundert nach Balfour endlich zum Ende kommen. Denn die verlorene Zeit bedeutet, dies zeigen uns über ein Vierteljahrhundert vergeudeteten Friedensprozesses, nicht einfach Stillstand; die Zeit läuft gegen die Palästinenser*innen und gegen die Durchsetzung grundlegender Menschen- und politischer Rechte. Als mit Abstand größtem Handelspartner Israels kommt der EU eine besondere Verantwortung zu.

Die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen Israel und der EU wäre ein klares Signal an die israelische Regierung, dass die EU weitere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das Völkerrecht nicht länger hinnimmt.

Schon lange fordern Hunderte zivilgesellschaftlicher Organisationen – nicht zuletzt in Israel - und die EU-Parlamentariergruppe ein Aussetzen des Assoziierungsabkommens, wie die EU das gegenüber Sri Lanka aufgrund anhaltender Menschenrechtsverletzungen gegen die tamilische Bevölkerung getan hat.

Nur durch eindeutige praktische Schritte können die vielen Besatzungs-gegner*innen in Israel und den besetzten Gebieten wirkungsvoll unterstützt und kann internationalem Recht Geltung verschafft werden.